

Bonn, Montag 26. April 1971

Sprecher: Barzel, Kaltefleiter, Kiesinger, Lemke, Müller-Hermann, Schmücker, Stoltenberg.

Politische Lage nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Finanzlage der Partei. Kurzfassung des Parteiprogramms. Vorbereitung der Bundesausschußsitzung am 10. Mai 1971. Verschiedenes.

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

POLITISCHE LAGE NACH DER LANDTAGSWAHL IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Der Bundesvorstand beschäftigt sich mit der politischen Lage nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein¹ und spricht dem Spitzenkandidaten, Herrn Dr. Gerhard Stoltenberg, dem bisherigen Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Helmut Lemke, und der CDU Schleswig-Holsteins seine Glückwünsche zu dem großen Wahlsieg aus.

Parteivorsitzender Dr. Kurt Georg *Kiesinger* gibt für das Präsidium folgende Erklärung ab: „Die CDU hat gestern in Schleswig-Holstein die Kette der großen Erfolge in den Landtagswahlen der vergangenen Monate eindrucksvoll fortgesetzt. Sie hat mit der absoluten Mehrheit der Stimmen und Sitze nicht nur den bisher höchsten Stand in Schleswig-Holstein erreicht, sie hat vor allem auch das Ergebnis der letzten Bundestagswahl erheblich übertroffen. Ihr Vorsprung vor der SPD beträgt 10,5 %. Während die CDU bei der Bundestagswahl 1969 2,5 % unter dem gemeinsamen Ergebnis der SPD und der FDP lag, übertraf sie gestern das Gesamtergebnis dieser beiden Parteien um 6,7 %. Die CDU hat also im Vergleich zur Bundestagswahl ihren Stimmenanteil gegenüber den Parteien der Linkskoalition um 9,2 % verbessert. Dieses Ergebnis ist, da der Wahlkampf wie bei den vorangegangenen Landtagswahlen weithin mit bundespolitischen Argumenten geführt wurde, eine klare Entscheidung der Wähler in Schleswig-Holstein gegen die Politik der Linkskoalition in Bonn. Die in eine Sackgasse geratene Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung, ihre Kapitulation vor dem alarmierenden Preisauftrieb² und ihr Unvermögen, die mit großem Aufwand proklamierten ‚inneren Reformen‘ auch nur in Ansätzen zu verwirklichen, haben den Ver-

1 Zum Wahlergebnis vgl. Nr. 12 Anm. 3.

2 Die Inflationsrate war im März 1971 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4,5 % gestiegen, die Steigerung der Lebenshaltungskosten betrug 1970 3,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Vgl. die Ausarbeitung des Planungsstabes der CDU/CSU-Fraktion vom 24. April 1971; „Weser-Kurier“ vom 20. April 1971 „Preisauftrieb“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. März 1971 „Verbraucherverbände sind pessimistisch“.

trauensschwund der Wähler für die Regierung Brandt/Scheel herbeigeführt. Diese Regierung verfügt nicht mehr über die Mehrheit im Volke.

Die CDU stellt fest, daß die Entscheidung der Wähler auch eine Absage an die extrem linken, neomarxistischen Tendenzen in Schleswig-Holstein war.³

Besonders bedeutungsvoll war die Tatsache, daß die SPD in den Hamburger Randgebieten noch schlechter abschnitt als in den übrigen Gebieten in Schleswig-Holstein. Ebenso bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß sich offensichtlich ein großer Teil der Erst- und Neuwähler der CDU zugewandt hat.

Die CDU hat unter der Führung Gerhard Stoltenbergs den Wahlkampf in Schleswig-Holstein zwar mit Entschiedenheit, aber mit voller Sachlichkeit geführt. Sie weist den von dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD, Wehner, unternommenen Versuch, den Ausgang der Wahl als das Ergebnis eines Kesseltreibens gegen den Spitzenkandidaten der SPD darzustellen, auf das nachdrücklichste zurück. In Schleswig-Holstein hat das nüchterne Urteil der Wähler einen überzeugenden Erfolg der demokratischen Mitte herbeigeführt.“

Herr Ministerpräsident Dr. *Lemke* und Herr Dr. *Stoltenberg* berichten über den Wahlkampf und bringen dabei ihren Dank an die Bundespartei, die Bundestagsfraktion und die Landesverbände für die hervorragende Unterstützung zum Ausdruck. Herr Dr. *Stoltenberg* stellt eine ausführliche Wahlanalyse für die Bundespartei in Aussicht, hebt jedoch bereits jetzt folgende Punkte als ausschlaggebend für das Wahlergebnis hervor: 1. Konsolidierung in den ländlichen und kleinstädtischen Bereichen, 2. erhebliche Verbesserung in den Großstädten, 3. Durchbruch der CDU in den Hamburger Nachbargebieten.

Herr Professor Dr. *Kaltefleiter* gibt eine erste Analyse über die Wahlergebnisse und die Wählerbewegung.

Herr Dr. *Müller-Hermann* weist darauf hin, daß aufgrund von Wähleranalysen für die bevorstehende Bürgerschaftswahl am 10. Oktober 1971 in Bremen mit einem ähnlichen Erfolgstrend zu rechnen ist wie bei den zurückliegenden Landtagswahlen in den letzten 1½ Jahren und bittet, dem Landesverband Bremen auch die entsprechende Unterstützung zuteil werden zu lassen.

FINANZLAGE DER PARTEI

Bundesschatzmeister Dr. *Schmücker* informiert den Bundesvorstand über den Stand der Finanzierung des Konrad-Adenauer-Hauses:

„Trotz des auf dem Parteitag in Mainz 1969 einstimmig gefaßten Beschlusses zur Aufbringung eines Eigenkapitals von 3 Mio. DM sind von den Landesverbänden bis-

3 Vgl. „Die Welt“ vom 26. April 1971 „Sensation im Norden“; „Stuttgarter Nachrichten“ vom 26. April 1971 „Steffens Waterloo“; Interview von Jochen Steffen mit der „Wirtschaftswoche“ vom 23. April 1971 „Kommunisten, die NPD und der Industrieflügel der CDU stützen autoritäre Strukturen“. – Jochen Steffen (1922–1987), Publizist; 1956–1975 Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 739 Anm. 55.

her lediglich folgende Leistungen prozentual vom Soll erbracht worden: Berlin 30 %, Bremen 27 %, Niedersachsen 15 %, Hessen 10 %, Rheinland-Pfalz 8 %, Baden-Württemberg 5 %, Rheinland 3 %, Westfalen 3 %, Schleswig-Holstein 2 %, Hamburg 0,1 %. Das ergibt insgesamt einen Betrag von 413.000 DM, d. h. etwas mehr als 10 % der veranschlagten Summe. Bei dieser Sachlage ist es notwendig geworden, Zwischenfinanzierungen vorzunehmen und das ganze System zu ändern. Wir haben eine Kommanditgesellschaft gegründet, für die bisher 80 Einzelanfragen vorliegen. Ein Interessent hat sich für 900.000 DM interessiert. Es sind für vier Institute Festkontingente in Höhe von 17.800.000 DM reserviert. Es wird damit gerechnet, daß bis Juli zwei Drittel abgesetzt sind. Weitere 3 Mio. DM sind an die Dresdner Bank, an die Sparkassen und an die Röchling Bank gegangen. Die einzige Bank, die nicht mitzieht und sich auch nicht in den Aufsichtsräten oder Verwaltungsgremien beteiligt, ist die Deutsche Bank.“

Herr Dr. Schmücker verweist noch einmal dringend auf die Notwendigkeit der Durchführung des auf dem Parteitag in Mainz gefaßten Beschlusses zur Aufbringung der 3 Mio. Mark Eigenkapital, da sonst die Finanzierung des Parteihauses im vorgesehenen Rahmen nicht durchführbar ist. Herr Dr. Schmücker führt weiter aus: „Bevor ich nun auf die Notwendigkeiten, die sich jetzt ergeben, zu sprechen komme, möchte ich Ihnen sagen, daß im Jahre 1970 insgesamt aufgebracht worden sind durch Spendenaktionen 3 Mio. DM. Das sind etwa 7 Mio. DM weniger, als uns zugesagt worden war für diesen Zeitraum. Im Jahre 1971 sind bisher aufgebracht worden 1.080.000 DM. Davon befindet sich aber der größere Teil noch im Transfer. Die Sachkundigen wissen, was damit gemeint ist. Wir sind in Schwierigkeiten im wesentlichen deswegen gekommen, weil Zusagen, die wiederholt bestätigt worden sind, nicht eingehalten worden sind, ich möchte annehmen, nicht eingehalten werden konnten. Der Anlauf klappte einigermaßen, dann trat eine Stockung ein. Ich konnte über Ostern die vorgesehenen Verhandlungen nicht führen, da Herr ...⁴ an Gelbsucht ziemlich schwer erkrankt ist. Ich werde ihn morgen besuchen, und wir müssen sehen, daß er diese Zusagen nun auch realisiert. Das wird aber sicherlich einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Und es ist auch schon aus Liquiditätsgründen notwendig, daß die Partei in die Lage versetzt wird, weiter arbeiten zu können.

Ich darf Ihnen jetzt die Vorschläge vortragen, die heute morgen im Präsidium erarbeitet worden sind.⁵ Sie sind auch das Ergebnis vieler Einzelgespräche, die sowohl vom Präsidium als auch von der Geschäftsstelle geführt worden sind.

1. Wir schlagen dem Bundesausschuß vor – es kann natürlich auch so verfahren werden, daß wir eine Zustimmung spontan von den Landesverbänden bekommen –, daß die Landesparteien eine Umlage erbringen von 800.000 DM. Der Schlüssel sollte so ausgerechnet werden, wie er bei der Verteilung der öffentlichen Mittel angewendet wird, ausgenommen die Sonderregelungen Hessen, Hamburg und Bremen.

2. Wir sollten mit der Bundestags- und mit den Landtagsfraktionen verhandeln, um

4 Auslassung in der Vorlage.

5 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07–001–1404.

die Zurverfügungstellung von 300.000 DM zu erreichen, wobei das Verhältnis 1 : 2 sein sollte.

3. Einsparung von 150.000 DM durch Verlegung des 19. Bundesparteitages von Hamburg nach Saarbrücken und die Defizitübernahme des „Deutschland-Union-Dienstes“ durch die Bundestagsfraktion von 150.000 DM.

4. Dieser Vorschlag war ein wenig umstritten. Es ging darum, die Beteiligung am Verkaufserlös des „Wirtschaftsbildes“ zu ändern. Ich selber habe Bedenken gehabt, das zu tun, denn aus guter Erfahrung weiß man, wenn die Beteiligung geringer wird, wird auch die Lust abzusetzen geringer. Nun ist es wohl so, daß von der Zentrale her die Werbung durchgeführt wird, aber diese kann natürlich nur Erfolg haben, wenn die Landes- und die Kreisparteien mitmachen. Der Vorschlag lautet darum, um beiden gerecht zu werden, folgendermaßen: Entweder Erhöhung der Verkaufsexemplare oder – wo das nicht gelingt – Änderung des Schlüssels. Auf jeden Fall sollen auf diese Art und Weise 200.000 DM erbracht werden.

Das alles ergäbe die 1,6 Mio. DM, die im Augenblick gebraucht werden. Damit wären wir aber nur aus der gegenwärtigen Schwierigkeit heraus.

Ich glaube aber, wir müssen uns klar darüber sein, daß wir die Finanzierung unserer Partei auf eine andere Grundlage stellen müssen. Mit einem 20 %igen Beitragsanteil können wir keine selbständige und unabhängige Politik machen. Ich habe bisher darauf verzichtet, Ihnen Einzelberichte über meine Gespräche bei denjenigen, die Spenden gaben, zu geben. Sie können sich aber ungefähr ausmalen, was dabei alles gesagt wird und was dabei alles versucht wird. Ich habe heute morgen davon Kenntnis gegeben, daß ein Verband bereit war, 100.000 DM sofort zu geben, aber er müßte dann erst einmal unseren Haushalt studieren. Das ist eigentlich noch eine sehr harmlose Forderung. Ich ziehe daraus die Schlußfolgerung, daß wir uns doch bemühen müssen, in größerem Ausmaße selber die Finanzierung der Partei zu tragen. Und dazu gehört, daß wir sämtliche Finanzierungen koordinieren.

Der Vorschlag, den ich Ihnen deshalb mache und der heute morgen im Präsidium wenigstens keinen Widerspruch gefunden hat, ist, daß die CDU ein gemeinsames Finanzbüro unter verantwortlicher Leitung einrichtet, das zuständig ist für die Koordinierung aller Finanzen der Bundespartei, der Landesparteien, der Vereinigungen sowie der befreundeten Stiftungen und Körperschaften. Die Fraktionen sollten gebeten werden, sich an diesem Finanzbüro zu beteiligen. Es ist heute einfach so, daß der Bundesschatzmeister – mag er heißen, wie er will –, gar nicht in der Lage ist festzustellen, wo welche Mittel hinfließen, welche Förderkreise sollen da angesprochen werden und welche in anderen Bezirken. Es läuft zu viel nebeneinander her und wirkt sich natürlich als ein Gegeneinander aus. Darüber hinaus glaube ich auch, daß noch etliches besser koordiniert werden kann in der Bundespartei, in den Landesparteien, und ich darf hier mit aller Vorsicht sagen, auch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung⁶, um Ausgaben zu sparen.

⁶ Eine haushaltsrelevante Zusammenarbeit zwischen der CDU und der Konrad-Adenauer-Stiftung war rechtlich nicht möglich.

Das zweite, das vorgeschlagen wird, ist, daß der Haushalt künftig nicht nur vom Generalsekretär erarbeitet und dann mit mir abgestimmt und dem Vorstand vorgelegt wird, sondern daß er der Bundesfinanzkommission zur Stellungnahme – nicht zur Beschlußfassung – vorgelegt wird. Dazu gehört natürlich, daß die Landesparteien und auch die Vereinigungen ihrerseits ihre Haushalte in die Beratung einbringen, damit wir bei diesen Beratungen dann feststellen können, wie Einsparungen möglich sind oder wie wir in der Mittelbeschaffung besser zusammenarbeiten können. Ich hatte ja der Finanzkommission versprochen, den Haushalt zur Beratung vorzulegen. Die Finanzkommission hat sich aber nicht in der Lage gesehen bei der letzten Sitzung, in der kurzen Zeit eine Beratung durchzuführen, und ich möchte doch dieses im Interesse der guten Zusammenarbeit zwischen allen Landesverbänden, den Vereinigungen und der Bundespartei als Vorschlag hier einbringen.

Der dritte Vorschlag ist, daß wir eine Koordinierung aller wirtschaftlichen Betätigungen der Partei auf allen Ebenen, so wie es schon heute an sich Pflicht wäre, ernsthaft durchführen durch die Union-Betriebs-GmbH. Das gilt insbesondere für die Publikationen. Nach unseren Vorschriften ist der Generalsekretär für die Koordinierung der Publikationen verantwortlich, aber die Verlagsseite ist ganz woanders. Das muß, sowohl innerhalb des Bundes als auch im Verhältnis von Bund und Ländern, verbessert werden. Es gilt aber auch für die Einrichtung neuer wirtschaftlicher Betätigungen. Und, Herr Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein, bei meinen Besuchen in Schleswig-Holstein haben mir zwei Kreisparteien sehr stolz gezeigt, was sie an Werbungen durchgeführt haben. Und obwohl die Rundschreiben doch bekannt sein müßten, stand da wieder drin „Verlag: Kreispartei Elmshorn“. Das hat zur Folge, wenn das Finanzamt das aufgreift, daß die gesamten Mitgliedseingänge und Spendeneingänge vom Finanzamt geprüft werden. Also auch schon aus diesen Sicherheitsgründen ist es unbedingt erforderlich, daß jegliche wirtschaftliche Betätigung durch die Union-Betriebs-GmbH koordiniert wird. Ich glaube, darüber hinaus wird es möglich sein, dann auch noch einige finanzielle Erleichterungen dabei hereinzuholen.

Der wichtigste Punkt für mich persönlich ist der folgende: Wir müssen unser ganzes Spendenwesen auf eine neue Basis stellen. Das gilt sowohl für die Zuweisung der Spender – es gibt da Listen, leider sind einige Listen auch nach draußen gekommen. Ich habe das geprüft, an die Bundesfinanzkommission ist keine komplette Liste verteilt worden. Es ist nur den jeweiligen Landesvertretern gesagt worden, wie die Listen aussehen für ihren Bereich. Wir müssen das neu organisieren aus folgendem Grunde: Weil ich nicht glaube, daß die finanziellen Hilfsorganisationen, die außerhalb der Partei für uns gearbeitet haben – aber leider nicht nur für uns –, daß die auf die Dauer diese Tätigkeit mit der notwendigen Intensität fortsetzen werden. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß die Übernahme dieser Einrichtungen von uns oder von einem an uns enger geketteten Kreis mit sehr, sehr vielen Problemen verbunden ist. Wir haben uns den Luxus eines Parteiengesetzes⁷ erlaubt und dabei praktisch den Zwang eingeschlossen, daß diejeni-

7 Gesetz über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967, BGBl. 1967 I S. 773. Vgl. auch PROTOKOLLE 5 S. 484–496.

gen, die sich um die Finanzierung der Parteien kümmern, nun etwas neben dem Gesetz herlaufen. Ich muß das einfach in dieser Deutlichkeit sagen, und insofern paßt es mir auch gar nicht, wenn Bemerkungen in Berichte hineinkommen, die sich mit dem Spendeneingang befassen, weil das dann zu ganz unliebsamen Konsequenzen führen kann. Ich brauche nur an das Beispiel Niedersachsen zu erinnern.

Der letzte Punkt ist der, daß wir auf dem Bundesparteitag den Versuch unternehmen, die Beteiligung der Bundespartei an dem Beitragsaufkommen von 0,50 DM auf 1,00 DM zu erhöhen. Es waren noch andere Größenordnungen im Gespräch, die ich im Moment jedoch für nicht durchsetzbar halte. Ich glaube auch nicht, daß man soweit gehen sollte. Aber daß wir mit nur 2 Mio. Beitragsanteilen der Bundespartei auf die Dauer auskommen könnten, ist einfach undenkbar. Wir müssen uns dazu entscheiden, unsere Beitragstätigkeit entsprechend den allgemein gewandelten Verhältnissen anzupassen und natürlich dabei auch berücksichtigen, was die einzelnen Instanzen bekommen. Heute ist es aber so, ohne Rücksicht auf die Höhe der Beiträge bekommen die Länder und bekommt der Bund, ohne Rücksicht auf die jeweilige Höhe [sic!]. Das machen andere Parteien nicht so. Das sind die Vorschläge, die ich Ihnen zu machen habe.

Die Schwierigkeit liegt darin – ich sage es noch einmal –, daß wir beispielsweise in Mainz beschlossen haben eine Umlage von 3 Mio. DM⁸ und sie nach zwei Jahren dann zu 10 % erbringen. Daß diese gleiche Einstellung zu der Parteifinanzierung bei unseren Spendern leider auch vorherrscht, ist ja nicht zu verwundern, wenn es bei uns auch so ist. Wir müssen diese Auffassung ändern, und es ist notwendig, daß bei aller Wichtigkeit der Parteiarbeit auf der Kreisebene und bei allen Schwierigkeiten, denen auch die Landesverbände ausgesetzt sind, wir dafür sorgen, daß die Spitze finanziell in die Lage versetzt wird, ihre Arbeit zu erfüllen.

Der Bundesvorstand beschließt nach längerer Diskussion:

1. Der von der Bundesgeschäftsstelle vorgelegte Haushalt 1971 wird mit folgenden Maßgaben gebilligt: a) Die für das Jahr 1971 noch ausstehenden Anteile der Landesverbände an der Wahlkampfkostenerstattung werden nicht an die Landesverbände gezahlt. Den Landesverbänden ist es freigestellt, einen ihrem Anteil an der Wahlkampfkostenerstattung entsprechenden Sonderbeitrag aufzubringen und mit ihrem Anteil zu verrechnen. Die Sonderregelungen für die Landesverbände Hessen und Hamburg werden durch diesen Beschluß nicht berührt. b) Es sind unverzüglich Verhandlungen mit der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen aufzunehmen mit dem Ziel, einen Betrag von 300.000 DM aus dem Haushalt der Bundesgeschäftsstelle auf die Fraktionen aufzuteilen. Hierbei sollen die Bundestagsfraktion ein Drittel und die Landtagsfraktionen zwei Drittel übernehmen. c) Die Position II 2.1 Bundesparteitage wird nach Verlegung des 19. Bundesparteitages von Hamburg nach Saarbrücken um 150.000 DM gekürzt. d) Die Bundestagsfraktion soll gebeten werden, sich mit ca. 150.000 DM an den Kosten des „Deutschland-Union-Dienstes“ zu beteiligen (Position I 9.1). e) Von dem Überschuß des „Wirtschaftsbildes“ wird ein Mehrbetrag

8 Vgl. CDU, 17. BUNDESPARTEITAG S. 103–106 und S. 201 f.

von 200.000 DM zur Deckung des Haushalts der Bundesgeschäftsstelle herangezogen. Entsprechend wird der Anteil der Landesverbände am Überschuß des „Wirtschaftsbildes“ gekürzt. Es sollen Anstrengungen unternommen werden, um durch Erhöhung der Verkaufsumlage den Überschuß entsprechend zu erhöhen.

2. Der Bundesvorstand beschließt, dem Bundesausschuß vorzuschlagen, von den Landesverbänden einen Sonderbeitrag von 10 DM pro Mitglied zu erheben, wobei es den Landesverbänden überlassen bleiben soll, wie sie diesen Beitrag von den Mitgliedern im einzelnen erheben. Die Bundespartei wird die Landesverbände in geeigneter Form durch Direktansprache der Mitglieder bei der Erhebung des Sonderbeitrages unterstützen.

3. Der Bundesvorstand beschließt, dem 19. Bundesparteitag vorzuschlagen, den Anteil der Bundespartei an den Mitgliederbeiträgen von monatlich 0,50 DM auf 1,00 DM zu erhöhen.

4. Der Bundesvorstand beauftragt den Generalsekretär, in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister einen Vorschlag auszuarbeiten und dem Bundesvorstand in seiner nächsten Sitzung vorzulegen, nach dem ein gemeinsames Finanzbüro für die Koordinierung aller Finanzen der Bundespartei, der Landesverbände, der Vereinigungen sowie der befreundeten Stiftungen und Gesellschaften errichtet werden soll.

5. Der Bundesvorstand beauftragt den Generalsekretär, in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister einen Vorschlag auszuarbeiten und dem Bundesvorstand vorzulegen, wonach die Haushalte der Bundesgeschäftsstelle, der Landesverbände, der Vereinigungen, der befreundeten Stiftungen und Gesellschaften vor der Verabschiedung durch die zuständigen Gremien dem Bundesfinanzausschuß zur Beratung zugeleitet werden.

6. Der Bundesvorstand beauftragt den Generalsekretär und den Bundesschatzmeister, eine Vorlage über die Koordinierung aller wirtschaftlichen Betätigungen der Partei auf allen Gliederungsstufen durch die Union-Betriebs-GmbH vorzulegen.

7. Der Bundesvorstand beauftragt die Bundesfinanzkommission, einen Vorschlag über die Neuorganisation des Spendenbeschaffungswesens vorzulegen.

KURZFASSUNG DES PARTEIPROGRAMMS

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung des Bundesvorstands vertagt.

VORBEREITUNG DER BUNDESAUSSCHUSSSITZUNG AM 10. MAI 1971

Antrag des KV Stockach auf Vorverlegung des 19. Bundesparteitages⁹. – Der Bundesvorstand beschließt, dem Bundesausschuß zu empfehlen, den Antrag des KV Stok-

9 Anlage zur Sitzung des Bundesausschusses am 10. Mai 1971 in ACDP 07–001–606.

kach abzulehnen und den 19. Bundesparteitag am 4./5. Oktober 1971 in Saarbrücken abzuhalten.

VERSCHIEDENES

Der Fraktionsvorsitzende, Dr. Rainer *Barzel*, berichtet über seine Amerika-Reise.¹⁰ Seine sich daran anschließenden Ausführungen über die Position der CDU/CSU-Fraktion zu der Berlin- und Ostpolitik der Bundesregierung finden die Zustimmung des Bundesvorstands.

¹⁰ Barzel hielt sich am 14./15. April 1971 in den USA auf. Vgl. Presseschau der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 20. April 1971.